

Kurzzusammenfassung

der Dissertationsschrift von Björn Hacker:

„Das *liberale* Europäische Sozialmodell. Rentenreformen in der EU und die Offene Methode der Koordinierung“

In einer Welt der globalen Krisendynamik stellt sich die Frage nach Europas Verhältnis von Marktschaffung und Marktkorrektur neu. Im politischen Werkzeugkasten zur Überwindung der grundlegenden Asymmetrie zwischen negativer und positiver Integration erweist sich die Offene Methode der Koordinierung (OMK) als ein eher schwaches Instrument. Sie stellt keine veritable „new mode of governance“ dar, mit der sich ein Ansatzpunkt zur Etablierung eines umfassenden Europäischen Sozialmodells verbinden könnte.

Gleichwohl weist die OMK in den Sozialpolitiken eine Katalysatorfunktion zur selektiven Verstärkung eines marktliberalen Politikverständnisses auf. In einer hybridisierten Wohlfahrtsstaatslandschaft, in der besonders der Bereich der Altersrenten einem erheblichen, von Pfadbrüchen gekennzeichneten Wandel ausgesetzt ist, stärkt die OMK die Etablierung eines wettbewerbsbestimmten, liberalen Europäischen Sozialmodells. Dieses ergibt sich aus der ökonomisch determinierten innereuropäischen Konkurrenz um das am Besten an die Bedingungen der Wirtschaftsintegration angepasste Wohlfahrtsstaatsmodell, dem die übrigen Systeme sich in einem „negativen Konvergenzprozess“ annähern.

Dabei wird die Nutzung der OMK als Katalysator bestimmter sozialpolitischer Paradigmen in der nationalstaatlichen Politikarena sehr unterschiedlich wahrgenommen. Dort wo die Methode zur Unterstützung nationaler Politiklinien herangezogen wird, sind es die ökonomisch und nicht die sozialpolitisch orientierten Akteure, die einen Vorteil aus der Europäisierung des sozialpolitischen Reformdiskurses ziehen. In den Bismarckschen Rentenversicherungssystemen bedeutet dies eine Fokussierung auf die finanziellen Themen der Alterssicherung, wohingegen die Aspekte Solidarität, Umverteilung und Angemessenheit der Bezüge kaum europäisch diskutiert werden. In der Folge kommt es zu einer im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess abgebildeten, durch die EU scheinbar höher legitimierten Reformpolitik der zunehmenden Risikoindividualisierung, der Privatisierung und zu einem Bruch mit dem Prinzip der Lebensstandardsicherung. Dies liegt auch an einer mangelhaften strategischen Einbindung der OMK durch jene Akteure, die sich auf der Makroebene für ein alternatives Europäisches Sozialmodell aussprechen.

Dieses solidarische Europäische Sozialmodell kann sich jedoch nur etablieren, wenn die Rekommodifizierungstendenzen in den nationalen Wohlfahrtsstaaten als Ausdruck der europäisch unkoordinierten Wettbewerbslogik gestoppt und zugleich aktiv Elemente der positiven Integrationsverflechtung aufgebaut werden.